

Oesterreich und Ungarn.

Quote und Kriegsschäden. — Die vorläufige Ausgleichsverlängerung.

In der ungarischen Quotendeputation hat einer der Redner das Verlangen gestellt, daß jede der beiden Reichshälften ihre Kriegsschäden für sich trage, und es ist eine Ueberraschung, daß der ungarische Ministerpräsident Dr. Weyerle sich zu der gleichen Auffassung bekannt hat. Es ist möglich, daß dies nur zu dem Zwecke geschah, um einen Trümpf für die endgültige Regelung der wirtschaftlichen Fragen zwischen Oesterreich und Ungarn sich zu sichern; allein Prinzipien sind nicht Objekte der politischen Strategie und die Erklärung Dr. Weyerles ist mit der Gemeinsamkeit der Reichsverteidigung nicht vereinbar. Nicht weil die Kriegsopter Oesterreichs in Galizien und im Süden größer sind als die Ungarns in Siebenbürgen wird die öffentliche Meinung gegen die Ansicht Ungarns über die Kriegsschäden sich auflehnen; sondern weil es hier jedermann klar ist, daß Galizien zum Schutze Ungarns gelitten hat, und wenn der österreichische Soldat sich nur auf den Standpunkt des ungarischen Ministerpräsidenten gestellt hätte, so wäre es für ihn vorteilhafter gewesen, Galizien dadurch zu schonen, daß es nicht zum Kriegsschauplatz, sondern nur zu einem Durchmarschland genötigt worden wäre. Gerade aber weil der österreichische Soldat gemeinsam mit dem Henved in Galizien benützt auch Ungarn rettend hat, ist es unbillig zu verlangen, daß Oesterreich nun auch diese Schäden, die es in Wahrung der Interessen Ungarns erfahren hat, nun allein trage. Dies widerspricht auch den Erklärungen, welche die österreichische Regierung bisher in dieser Frage abgegeben hat.

Budapest, 8. Dezember. (Ung. L. Korrespondenz.)

Die Quotendeputation des Reichstaates hat heute vormittag um Präsidenten Raanatenhausmitglied Graf Aurel Pessewsky und um Referenten Abgeordneten Roland Segedus gewählt. Dieser unterbreitete einen Antrag im Interesse der Volksmeinung durch ein Muzium mit der österreichischen Quotendeputation in Verbindung zu treten und bezüglich der Quote sofort einen konkreten Vorschlag zu machen. Er wird sodann das Prinzip betont, daß die einzige Grundlage bei der Feststellung der Quote die beiderseitige Fähigkeit zur Tragung der Lasten bilde, dagegen behauptet, daß Ungarn bei den Stellen in den gemeinsamen Institutionen sowie an dem Gewinne der Erzeugnisse nur in geringerem Maße beteiligt sei und die zentralisierte Unterbringung und Verwaltung der gemeinsamen Institutionen jeden Vorteil nur Oesterreich sichere. Außerdem sei die gegenwärtige Quote zu hoch. Es seien seit der letzten Feststellung der Quote wesentliche Änderungen in der Fähigkeit zur Tragung der Lasten kaum eingetreten (?) und gegenwärtig eine Feststellung der Grundlage fast unmöglich; da es sich ferner um eine bloß auf zwei Jahre sich erstreckende Uebergangsmahnahme handle, wird vorgeschlagen, das gegenwärtige Quotenverhältnis sowie die hienit zusammenhängenden Bestimmungen für zwei Uebergangsjahre unverändert aufrecht zu erhalten. Die österreichische Quotendeputation wird ersucht, sich diesem Vorschlage anzuschließen.

Ministerpräsident Dr. Weyerle erklärt, er sei jederzeit gegen eine Erhöhung der ungarischen Quote gewesen, wegen der Handels- und Zollverträge habe man aber der Erhöhung der Lasten zugestimmt. Er empfiehlt den Beschlußantrag zur Annahme. Zu einer Herabsetzung der Quote könne es ohnehin infolge der in der Organisation des Herzogs eintretenden Veränderungen und der Regelung der Angelegenheiten Bosniens und der Herzegovina kommen.

Die übrigen Redner erklären sich gleichfalls für die Annahme. Abg. Johann Telezky verlangt aber unbedingt, daß die Kriegsschäden von jedem Lande allein gezahlt werden. Ministerpräsident Weyerle erklärt, die Anschauung Telezky's zu teilen. Hierauf wurde der Beschlußantrag angenommen.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses hat heute vormittag nach kurzer Verhandlung die Gesetzesvorlage über das Ausgleichsprovisorium angenommen.

Budapest, 9. Dezember. (U. L. R. B.)

Gestern nachmittag fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Weyerle ein fünfständiger Ministerrat statt, an dem mit Ausnahme des in Amisgeschäften in Wien weilenden Ministers für Volksernährung Grafen Sadi sämtliche Mitglieder des Kabinetts teilnahmen. Der Ministerrat beschäftigte sich mit laufenden Angelegenheiten.